

Obdachlosigkeit und Mietwucher bekämpfen!

Bezahlbare Wohnungen für die bulgarischen Arbeiter und Arbeiterinnen in München!

In München leben bis zu 1000 Arbeiter_innen aus Bulgarien unter äußerst prekären Bedingungen. Sie gehören zu einer diskriminierten türkischsprachigen Minderheit in Bulgarien und haben dort so gut wie keine Chance, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Als EU-Bürger_innen können sie legal nach Deutschland kommen, erhalten hier aber in der Regel keine Arbeitserlaubnis. Deutschland will gemeinsam mit Österreich als die einzigen EU-Länder für Menschen aus Bulgarien und Rumänien die Freizügigkeit auf dem Arbeitsmarkt weiterhin einschränken. Viele bulgarische Arbeiter und Arbeiterinnen sind deshalb dazu gezwungen, sich als moderne Tagelöhner/innen zu verdingen. Jeden Morgen stehen sie an einer Kreuzung im Münchner Bahnhofsviertel und warten auf ein Arbeitsangebot durch häufig dubiose Arbeitsvermittler.

Um zu überleben und ihre Familien zu ernähren, sind sie dazu gezwungen, alle möglichen schlecht bezahlten und unsicheren Jobs anzunehmen. Regelmäßig werden sie sogar um ihren minimalen Verdienst betrogen. Nach Arbeitsunfällen wird ihnen oft eine angemessene medizinische Versorgung verweigert, da sie nicht krankenversichert sind. Obwohl Bulgarien seit 2007 Mitglied der EU ist, leben die Arbeiter/innen hier unter weitgehend entrechteten Bedingungen. Von den deutschen Behörden erklärt sich niemand für zuständig. Sämtliche Ansprüche auf Sozialleistungen werden ihnen faktisch verweigert.

Viele der Bulgar_innen haben keine Wohnung, sie leben auf der Straße, übernachten bei Freunden und Verwandten oder schlafen in ihren PKWs. Auf dem Münchner Wohnungsmarkt sind sie ohne festes Einkommen und reguläre Beschäftigung chancenlos. Ohne Wohnung und Meldeadresse erhalten sie wiederum erst recht keine Arbeitsgenehmigung. Viele leben deshalb ohne jegliche Sicherheit unter katastrophalen Umständen.

Als Unterkunft bleiben ihnen nur völlig überbezahlte Plätze in privaten und städtischen Wohnheimen. 250 Euro Miete pro Kopf für ein Vier-Personen-Zimmer, in dem nur die Betten und ein Kühlschrank Platz haben, sind die Regel. Selbst für Kinder muss die volle Miete bezahlt werden. Auch in einer städtischen Notunterkunft müssen die Bulgar/innen für einen Schlafplatz 230 Euro im Monat zahlen. Wenn sie diesen Betrag nicht aufbringen können, werden sie einfach auf die Straße gesetzt. Häufig wird ihnen bereits der Zugang zu den städtischen Unterkünften verweigert.

Die Obdachlosigkeit von mehreren hundert Menschen, die in der Hoffnung auf ein besseres Leben nach München gekommen sind, ist ein sozialpolitischer Skandal. Die Stadt München und das Münchner Wohnungsamt müssen sich ihrer Verantwortung für diese Menschen stellen. Es ist unzumutbar, dass Menschen dazu gezwungen werden unter derart unwürdigen Bedingungen zu leben. Für eine so reiche Stadt wie München dürfte es kein Problem sein, diesen Menschen akzeptablen Wohnraum zur Verfügung zu stellen.

Wir fordern deshalb von der Stadt München, die soziale Verantwortung für Menschen in Notlagen zu übernehmen. Wir fordern:

Die gemeinsame Unterbringung von Familien ohne Mietkosten für Kinder!

Die kostenlose Unterbringung in städtischen Notschlafstellen für obdachlose und mittellose Menschen!

Ausreichenden Zugang zu bezahlbaren Plätzen in städtischen Unterkünften und Wohnheimen und die Schaffung von bezahlbaren Wohnungen in München! Die Bekämpfung von Mietwucher und inhumanen Bedingungen in privat betriebenen Wohnheimen!

Unterstützer/innen:

Bulgarische Arbeiter_innen, Initiative Zivilcourage, Arbeitskreis Internationalismus, Bayerischer Flüchtlingsrat, Gewerkschaftslinker München, ver.Di Jugend München, Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und Migrant_innen, Interventionistische Linke München, aka-muc, SDAJ München, Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit, Antifa nt

So sieht es tatsächlich aus:

Der kleine Alex ist zweieinhalb Jahr alt. Die Eltern leben in einem privaten Münchner Wohnheim und zahlen 250 Euro pro Person. Sie leben zu viert in einem 16m² Zimmer. Nachträglich verlangte der Vermieter auch für Alex 250 Euro Miete. Das würde bedeuten, dass die dreiköpfige Familie 750 Euro Miete für zwei Betten in einem engen Zimmer zahlen soll. Bei dem geringen Lohn der Eltern ist das aber gar nicht möglich. Die Familie steht vor einer Sackgasse: Alex zurück zu den Großeltern nach Bulgarien schicken oder obdachlos sein?

Die hygienischen Bedingungen in den Wohnheimen sind oft unerträglich. Bis zu 20 Zimmer teilen sich ein Waschbecken, die Bäder sind verschimmelt, in den Küchen liegen ungesicherte Elektroleitungen offen. Weil sie bei diesen Bedingungen um die Gesundheit ihres Neugeborenen fürchtete, bat eine schwangere Frau im städtischen Wohnungsamt um eine andere Unterbringung. Dort teilte man ihr jedoch lediglich mit, Anrecht auf eine städtische Notunterbringung habe nur, wer vorher auf der Straße gelebt habe.

Die Lage der Arbeiterinnen und Arbeiter wird nicht nur von Wohnheimbesitzern, sondern auch durch die Arbeitgeber oft ausgenutzt. A. übergab bei Arbeitsantritt seinem Arbeitgeber alle Papiere und ging davon aus, dass dieser ihn ordnungsgemäß melden und seine Sozialversicherungsbeiträge bezahlen würde. Nun wartet er seit Monaten auf sein Geld und hat erfahren, dass seine Krankenbeiträge nie bezahlt wurden. Mit der Unterstützung von ver.di geht er nun gerichtlich gegen seinen ehemaligen Arbeitgeber vor, um die ausstehenden Lohnzahlungen zu erstreiten. Er lebt inzwischen auf der Straße, weil er die Miete für sein Zimmer nicht mehr bezahlen konnte. Im Wohnungsamt wird ihm lediglich mitgeteilt, er solle wieder zurück nach Bulgarien gehen. Wie soll er aber von Bulgarien aus seinen ausstehenden Lohn erstreiten?

Mi, 06.04.2011 - 20.00 Uhr | Info- und Mobilisierungsveranstaltung im Kafe Marat
Thalkirchnerstrasse 102 (nähe Goetheplatz, U3/U6)

Mi, 13.04.2011 - 15.00 Uhr | Kundgebung vor dem Wohnungsamt München
Franziskanerstrasse 6-8 (nähe Rosenheimer Platz)